

Grußwort B'nai B'rith Europe

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von *B'nai B'rith Europe* möchte ich Ihnen den tiefempfundenen Dank unserer Organisation aussprechen. Ihr Engagement für den jüdischen Staat ist zweifelsohne höchst ehrenvoll. Doch sei uns die kritische Frage nach dem *Sinn* der heutigen Demonstration durchaus gestattet.

Die offiziellen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Geburtstags Israels hierzulande lassen uns annehmen, dass Sie – mit Ihrer politischen Vernunft und aufgeklärten Parteilichkeit – *repräsentativ* für das heutige Deutschland stehen. Die Bundesrepublik, ihre politischen Repräsentanten – gleich welcher parteipolitischen Zugehörigkeit –, die zivilgesellschaftlichen Akteure, sie alle verstehen sich als Garanten für die deutsche Freundschaft zum jüdischen Staat, als Garanten für Israels Existenz und Sicherheit, als Garanten für eine Außenpolitik, die *alles* unternehmen wird, um das Regime in Teheran zu hindern, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Die in der Ansprache der Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem israelischen Parlament formulierten Sicherheits- und

Beistandsversprechen wollen uns Zuversicht stiften. Aus der stets betonten deutschen *Staatsräson* bezüglich Israel und aus den aus düsterer Geschichte hergeleiteten *besonderen Beziehungen* Deutschlands zum jüdischen Staat kann ein solides Vertrauen in die Bundesrepublik erwachsen, ja kann die Annahme erwachsen, dass die heutige Demonstration als wiederholter Ausweis des *besseren Deutschlands* keine zwingende Notwendigkeit darstellt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der an uns als jüdische Organisation und erst recht der an Israel gerichteten Erwartung, wir mögen aus alledem hinreichend Vertrauen und Zuversicht schöpfen, entsprechen wir gern. Wir täten dies auch deshalb so gern, weil nach dem Holocaust für *uns* unvorstellbar ist, dass die Verhinderung seiner Wiederholung – und nichts Geringeres meint die iranische Drohung – nicht *jedem* denkenden und fühlenden Menschen ein *unzweifelhaftes* Anliegen ist. Allein, einige Irritationen müssen uns wohl doch nachgesehen werden.

Deutschland ist der größte Handelspartner des Teheraner Regimes. Daran haben die UN-Sanktionen wohl nichts zu ändern vermocht. Eine *einseitige* Verschärfung der Sanktionen durch Deutschland würde

den Iran ohne Zweifel erheblich tangieren. Gleichwohl ist uns keine Gesetzesinitiative im Bundestag bekannt, die darauf zielte. Uns ist kein deutscher Minister, kein Abgeordneter bekannt, der diese Forderung bereits im Parlament erhob. *Das irritiert uns.*

Auf das Geschäft der Siegener Firma mit dem Iran wurde von Seiten der Bundesregierung bislang nur mit Gesprächsankündigungen und Appellen an die Moral des Unternehmens reagiert; insbesondere das Wirtschaftsministerium sieht keinerlei Handlungsbedarf. *Das irritiert uns.*

Das Geschäft mit dem Regime in Teheran wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert. Der Iran-Deal der Siegener Firma ist nicht von einem großen deutschen Nachrichtenmagazin oder einer bedeutenden überregionalen Tageszeitung aufgedeckt worden. Politik und Medien reagieren gleichsam verhalten. Es gibt auch keine *große* Welle zivilgesellschaftlichen Protests – weder hier in Siegen noch vor den Werktoeren von Siemens und anderer deutscher Partnerunternehmen des Regimes in Teheran. Der Skandal ist *kein* Skandal. *Auch das irritiert uns.*

Und eben deswegen ist diese Demonstration heute doch notwendig. Sie kann der bescheidene Versuch sein, die

ökonomischen, politischen und nicht zuletzt kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Regime in Teheran öffentlich kritisch zu hinterfragen und die deutschen Zusicherungen an Israel mit der politischen Praxis gegenüber dem Iran zu spiegeln.

Gern schenken wir den deutschen Bekenntnissen zu Israel vollstes Vertrauen. Doch nun stellt sich die konkrete Frage, ob der florierende Außenhandel mit dem Iran – und dafür steht Siegen allenfalls exemplarisch – wenigstens jetzt zum Skandal taugt und politischen Folgen zeitigt, oder ob dieser Außenhandel von Kritik unbehelligt das Regime in Teheran ökonomisch und politisch weiter zu stützen vermag. Eben das ist *unsere* Vertrauensfrage.